

## Stadtparlament

---

### Wortprotokoll

21. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023

**Dienstag, 22. März 2022, 19:00 Uhr, Seeparksaal**

**Vorsitz:** Ulrich Nägeli, Parlamentspräsident

**Entschuldigt:** Heidi Heine, SP/Grüne  
Silke Sutter Heer, FDP/XMV  
Aurelio Petti, Die Mitte/EVP

**Anwesend Stadtparlament:** 27

**Anwesend Stadtrat:** Dominik Diezi  
Didi Feuerle  
Michael Hohermuth  
Luzi Schmid  
Jörg Zimmermann

**Protokoll:** Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

---

### Traktanden

21/1. Mitteilungen  
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

21/2. Reglement über das Landkreditkonto, Teilrevision  
Redaktionslesung und Schlussabstimmung

21/3. Interpellation Förderung der Stimmbeteiligung unter Jungwähler:innen von Daniel Bachofen, Heidi Heine, Heller Felix, alle SP/Grüne, Esther Straub, CVP/EVP und André Mägert, Silke Sutter-Heer, beide FDP/XMV  
Beantwortung

21/4. Interpellation Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung von Lukas Auer, Fabio Telatin und Heidi Heine, alle SP/Grüne, Esther Straub, CVP/EVP  
Beantwortung

21/5. Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften für die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Arbon  
Bildung einer 7er-Kommission

21/6. Fragerunde

21/7. Informationen aus dem Stadtrat

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Stadträte und Stadtpräsident, Medienschaffende und geschätzte Arboner Bevölkerung, seit dem 24. Februar 2022 herrscht wieder Krieg in Europa. Bereits zum zweiten Mal in diesem 21. Jahrhundert überfällt Russland die Ukraine. Einmal mehr wird es am Ende des Kriegs nur Verlierer geben, einmal mehr leidet die Zivilbevölkerung am meisten unter den Folgen des Kriegs. Menschen, die lange Zeit friedlich als Nachbarn zusammengelebt haben, sind seit dem 24. Februar wieder Todfeinde per politischem Dekret – eigentlich unglaublich. Aus diesem Grund soll unser erster Gedanke als Arboner Parlament heute an dieser Sitzung der leidenden, unschuldigen Zivilbevölkerung in diesem Kriegsgebiet gelten. Ich überlasse es Ihnen, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Stadträte und Stadtpräsident sowie geschätzte Anwesende in diesem Saal, zeigen wir Respekt für diese Leute, die für Demokratie und Frieden auf beiden Seiten ihr Leben riskieren, indem wir aufstehen. Zeigen wir Trauer und Mitleid mit einem stillen Gebet oder einem Schweigen für die Verstorbenen, für die Menschen, die ihre Männer, Frauen, Kinder, ihre Verwandten und Freunde verloren haben. – Ich danke Ihnen.

Machen wir diesen Leuten Mut und zeigen wir unsere Solidarität und Empathie mit einem Applaus. Diese Menschen brauchen das mehr denn je zuvor. Vielen Dank für diese Ehrerweisung.

Was können wir tun, als nur Trost, Gebete und Applaus zu spenden? Der ukrainische Präsident Selenski spricht zu vielen Parlamenten mit vielen Live-Übertragungen. Er bittet um Unterstützung und Hilfe. Wir in Arbon sind zu klein und unbedeutend und Herr Selenski wird wahrscheinlich nicht zu uns sprechen. Aber wir können ein Signal an die Bevölkerung geben und eine finanzielle Hilfestellung an die Opfer des Kriegs spenden. Dank beherzten Einsatzes eines Parlamentariers namens Riquet Heller sowie eines Entschlusses der Fraktionspräsidenten an der letzten Sitzung können wir als Parlament Arbon eine Botschaft an die Bevölkerung geben und ganz wichtig, eine finanzielle Hilfestellung an die Opfer des Kriegs. Mit dem Verzicht auf das heutige Sitzungsgeld des Parlaments wie auch dem Tragen des ukrainischen Fähnchens und mit einer persönlichen Spende tragen Sie direkt zur Hilfestellung der Zivilbevölkerung bei. Ich rufe Sie daher nochmals auf, es darf auch noch nach der Sitzung gespendet oder verzichtet werden.

Ja, wir haben leider eine riesengrosse Krise in Europa und eine ganz kleine Krise in Arbon. Nochmals zur grossen Krise: Während wir heute unsere ureigene Demokratie in diesem gepflegten Parlament in einer Komfortzone zelebrieren, bekriegen sich erneut Menschengruppen in etwa 1730 km Entfernung um genau diese Werte wie Demokratie und Mitspracherecht, die wir hier so gernhaben. Das Vorgehen des Diktators Putin mit seiner Entourage ist absolut verwerflich und zu verurteilen. Wir müssen alles tun, damit dieser Krieg so schnell wie möglich gestoppt werden kann. Aber wir müssen uns auch Fragen stellen, was hier versagt hat. Dürfen wir nur zwischen den Guten und den Bösen unterscheiden? Ist das die einzige Optik? Wie sieht es denn aus, wenn wir von den Verlierern und den Gewinnern sprechen? Die Verlierer stehen bereits fest, es ist die zivile, unschuldige Bevölkerung auf beiden Seiten der gegnerischen Parteien. Sie wird für kriegerische Zwecke missbraucht. Einmal sachlich und nüchtern geopolitisch betrachtet oder einfach realistisch gesehen: Im Osten haben wir ein wieder aufstrebendes Russland mit einer Diktatur, das versucht, nach Jahrzehnten des Niedergangs zu seiner alten Grösse zurückzufinden. Dieser Osten trifft auf der anderen Seite im Westen auf eine europäische Allianz von EU, NATO und USA, die ebenfalls seit Jahrzehnten eine Osterweiterung vorantreiben will. Zwischen diese zwei Machtblöcke ist jetzt die Ukraine erneut geraten. Bereits am 20. Februar 2014 mit der Besetzung der Krim gab es eine ähnliche Konstellation. Schon damals drohte die Abspaltung der Ukraine in den Westen. Ost und West versuchen scheinbar um jeden Preis, die Ukraine auf ihre Seite zu ziehen. Mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung. Innerhalb von wenigen Wochen ist ein Schaden angerichtet worden, der mindestens eine Menschengeneration benötigen wird, um diese Situation wieder zu befrieden. In anderen Worten: Die politischen tektonischen Platten verschieben sich, driften aufeinander zu und an den Rändern dieser Platten kommt es zu Verwerfungen. Diese Spannungen entladen sich urplötzlich. Leider sind noch andere politische tektonische Platten in Bewegung, so zum Beispiel die chinesische. Mehr denn

je benötigt es die Diplomatie aller, um diese untragbaren Situationen zu deeskalieren. Das Gleichgewicht der Erde ist zurzeit erheblich ausser Kontrolle.

Ich komme jetzt noch kurz zu unserer kleinen Krise in Arbon. Wir alle wissen, wir benötigen einen neuen Stadtpräsidenten. Es gibt nicht viele Personen, die sich für so eine anspruchsvolle Aufgabe zur Verfügung stellen. Die Ausführung dieses Amtes bedarf eines weit überdurchschnittlichen persönlichen Einsatzes bis an die Leistungsgrenzen. Solche Bewerber gilt es erst einmal in Arbon willkommen zu heissen und ihnen eine Chance für die Kandidatur zu geben. Anschliessend erfolgt eine demokratische Wahl durch die Bürger. An dieser Stelle begrüsse ich zum ersten Mal unsere beiden Kandidaten Harry Ratheiser und René Walther, die heute an dieser Sitzung teilnehmen. Wir begrüssen Sie im Namen des Parlaments von Arbon. Wir sind jetzt auf halbem Weg und es sind leider Missverständnisse und Fehler aufgetreten. Es bedarf dringend einer Beruhigung der angespannten Situation. Ich appelliere daher dringend an alle Beteiligten, sich für den weiteren Verlauf der Wahl wieder gemässigt und demokratisch zu verhalten. Die Kandidaten verdienen eine faire Austragung der Wahl zum Stadtpräsidenten. Wir müssen in grossen Krisen wie auch in kleinen Krisen die gleichen Ansprüche an uns setzen für gelebte Demokratie, Toleranz und gegen Krieg in all seinen Formen. Danke für die Aufmerksamkeit, die Sitzung ist somit eröffnet.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass zu Beginn der Sitzung 27 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste?  
– Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

## **1. Mitteilungen**

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 28. Februar 2022:

- Reglement über das Landkreditkonto, Teilrevision, Kommissionsbericht und zweispaltige Synopse
- Interpellation Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung von Lukas Auer, Fabio Telatin und Heidi Heine, alle SP/Grüne, Esther Straub, Die Mitte/EVP, die Beantwortung
- Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften für die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Arbon, Botschaft an das Stadtparlament

Mit Versand vom 30. November 2021:

- Interpellation Förderung der Stimmbeteiligung unter Jungwähler:innen von Daniel Bachofen, Heidi Heine, Felix Heller, alle SP/Grüne, Esther Straub, die Mitte/EVP und André Mägert, Silke Sutter Heer, beide FDP/XMV, die Beantwortung

## **Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro**

Das Protokoll der 20. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarische Vorstösse eingegangen:

- Postulat Klimafreundliche Energiestrategie für Arbon Energie AG von Daniel Bachofen, Cornelia Wetzel Togni, beide SP/Grüne, Cyrill Stadler, FDP/XMV, Aurelio Petti, die Mitte/EVP und Rudolf Daepf, SVP
- Motion Ergänzung der Gemeindeordnung und Bestimmung für fakultatives Referendum betreffend Gestaltungspläne von Felix Heller, Cornelia Wetzel Togni, beide SP/Grüne,

Rudolf Daepp, SVP, André Mägert, Riquet Heller, beide FDP/XMV und Migga Hug, Die Mitte/EVP

Diese gehen nun in Zirkulation.

- Einfache Anfrage Vandalen von Lukas Auer, SP/Grüne
- Einfache Anfrage Feuerwehersatzabgabe von Jakob Auer, SP/Grüne

Diese gehen an den Stadtrat zur Beantwortung.

### **Einfache Anfragen**

Die einfachen Anfragen Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Arboner Heimatausweises von Linda Heller, SP/Grüne, Vogelvoliere im Pärkli von Felix Heller, SP/Grüne und Klimaschutz auf dem Teller von Felix Heller, Cornelia Wetzel-Togni und Daniel Bachofen, alle SP/Grüne wurden mit dem Versand zur heutigen Sitzung beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt. Die einfachen Anfragen gelten somit als erledigt.

## **2. Reglement über das Landkreditkonto, Teilrevision**

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** An der Parlamentssitzung vom 14. Dezember 2021 wurde das Reglement über das Landkreditkonto in 2. Lesung beraten. Im Anschluss hat die Redaktionskommission das Reglement beraten.

**Felix Heller, SP/Grüne, Präsident Redaktionskommission:** Ich möchte meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen für ihre aufmerksame, wertvolle Mitarbeit danken. Das Ergebnis unserer Arbeit liegt Ihnen in Form des Berichts und der Synopse vor. Die Kommission hat korrigiert, wo es falsch war, vereinfacht, wo es einfacher geht und verkürzt, wo es kürzer geht. Ausserdem ist dieses Reglement nun auch geschlechtergerecht formuliert. Kurzbegründungen zu den einzelnen Anträgen finden Sie im Bericht. Sollten Fragen aufkommen oder anderweitige Anträge gestellt werden, werde ich Stellung beziehen. Ansonsten schweige ich und verzichte darauf, Ihnen vorzulesen, was im Bericht steht.

Zuletzt möchte ich noch darauf hinweisen, dass es seit dem 1. Januar dieses Jahres neue Richtlinien für die Rechtsetzung gibt. Die Redaktionskommission wird sich an diesen neuen Richtlinien orientieren. Wir bitten den Stadtrat bzw. die Verwaltung, dies ebenfalls zu tun.

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Zu Artikeln, zu welchen keine Anträge vorliegen oder eingehen, werden wir nicht abstimmen. Gibt es keine Wortmeldungen zu Anträgen der Redaktionskommission, gelten diese stillschweigend als angenommen. Ich möchte Sie erinnern, dass allfällige Anträge schriftlich einzureichen sind.

Das Reglement wird artikelweise durchberaten. Es erfolgen keine Wortmeldungen aus dem Rat oder seitens der Redaktionskommission.

**Rückkommen** wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung**

Dem Reglement über das Landkreditkonto wird einstimmig zugestimmt.

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Das Reglement gilt somit als beschlossen. Das Inkrafttreten wird durch den Stadtrat bestimmt.

### **3. Interpellation Förderung der Stimmbeteiligung unter Jungwähler:innen von Daniel Bachofen, Heidi Heine, Felix Heller, alle SP/Grüne, Esther Straub, Die Mitte/EVP und André Mägert und Silke Sutter Heer, FDP/XMV**

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Die Interpellation Förderung der Stimmbeteiligung unter Jungwähler:innen von Daniel Bachofen, Heidi Heine, Felix Heller, alle SP/Grüne, Esther Straub, die Mitte, EVP und André Mägert, Silke Sutter Heer, FDP/XMV wurde am 28. September 2021 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

**Daniel Bachofen, SP/Grüne:** Im Namen meiner Fraktion und der Mitinterpellanten bedanke ich mich bestens beim Stadtrat für die Beantwortung unseres Vorstosses. Ich möchte mich aber auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihre breite Unterstützung bedanken. Die Interpellation wurde am 28. September 2021 von 27 der 28 anwesenden Parlamentarier und Parlamentarierinnen unterzeichnet. Sie haben damit gezeigt, dass Ihnen das Thema ein wichtiges Anliegen ist. Obwohl der Stadtrat den Handlungsbedarf bei dem Thema anerkennt, ist er unseren Argumenten leider nicht gefolgt und sieht von einer Umsetzung der Forderung ab. Auch wenn ich die Argumentation des Stadtrats teilweise nachvollziehen kann, bin ich mit seiner Schlussfolgerung nicht einverstanden. Die Vermutung, dass Easyvote nur von bereits Interessierten gelesen würde, halte ich nicht für ausreichend, um darauf zu verzichten, den Neuwähler und Neuwählerinnen gut verständliche Informationen zukommen zu lassen. Selbstverständlich würde es mich deshalb interessieren, wie die Meinung im Parlament zu diesen doch wichtigen Thema liegt. Ich beantrage deshalb die Diskussion und möchte Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen.

#### **Abstimmung**

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt.

**Daniel Bachofen, SP/Grüne:** Ich gehe davon aus, dass alle hier Anwesenden regelmässig abstimmen und deshalb das offizielle Abstimmungsbüchlein gut kennen. Falls ja, wissen Sie sicher, dass es sich dabei nicht gerade um die spannendste Bettlektüre handelt. Die Informationen sind neutral und möglichst objektiv, aber auch sehr trocken aufbereitet. Obwohl ich selbstverständlich jedem Jungwähler und jeder Jungwählerin zutraue, diese Broschüre zu verstehen, kann ich es auch niemandem verdenken, wenn er oder sie die Lust gleich wieder verliert, dieses Heft durchzulesen. Unter anderem aus diesem Grund haben wir den Vorstoss eingereicht, unseren Jungwählern und Jungwählerinnen Easyvote zur Verfügung zu stellen. Die Informationen in Easyvote werden von jungen Menschen aufbereitet und kommen auf sehr ansprechende Weise daher. Obwohl der Stadtrat den Handlungsbedarf anerkennt, schliesst er aus, auf unsere Forderung einzugehen. Er verweist darauf, dass Erklärvideos attraktiver seien und äussert die Vermutung, dass die Broschüren nur von jenen gelesen würden, die sich sowieso zu den Abstimmungen informieren. Lassen Sie mich anhand von drei Punkten kurz erklären, weshalb ich nach wie vor der Meinung bin, dass die Stadt auf Easyvote setzen sollte.

1. Es wäre ein Zeichen der Wertschätzung an unsere Jungwähler:innen und eine Geste, die zeigt, wie wichtig es der Stadt ist, die Jugend in die politischen Prozesse einzubeziehen. Ich würde mich auf jeden Fall besser abgeholt fühlen, wenn ich weiss, dass meine Beteiligung als Wähler der Stadt immerhin ein so grosses Anliegen ist, dass sie mich mit den idealen Informationen versorgen will.
2. Vimentis, das Angebot, das die Stadt früher benutzte, und Easyvote versuchen zwar, das Gleiche zu erreichen. Wer sich online mal die Angebote angeschaut hat, versteht, dass sie aber doch völlig unterschiedlich daherkommen. Easyvote fühlt sich wesentlich frischer an und ist deshalb bei den Jugendlichen auch beliebter. Aus diesem Grund gab es auch schon vor ein paar Jahren Felix Hellers Vorstoss mit dem Ziel, von Vimentis auf Easyvote zu wechseln. Easyvote ist also das klar passendere Angebot.

3. Der Stadtrat stellt die Vermutung in den Raum, dass die Broschüre nur von Wähler:innen gelesen würde, welche sich sowieso informieren würden. Dies ist und bleibt eine Vermutung – oder man könnte auch sagen eine Behauptung. Natürlich wird die Broschüre nicht von jeder und jedem gelesen, damit müssen wir uns wohl oder übel abfinden. Aber wenn man der Argumentation des Stadtrats folgen würde, müsste man konsequenterweise auch auf den Versand der offiziellen Wahlunterlagen verzichten. Oder glauben Sie, dass die von jedem gelesen werden? Wissen Sie übrigens, wie viel die Stadt für diese Wahlunterlagen ausgibt? Der Betrag lag in den letzten Jahren im Schnitt bei rund CHF 65'000. Also etwa 10 Mal mehr, als der Direktversand von Easyvote für die 18- bis 25-Jährigen. Man darf sich dann also schon fragen, ob die CHF 6'500 für Easyvote nicht der besser investierte Teil des Geldes wären.

Nebst diesen Differenzen gibt es natürlich auch sehr positive Aspekte in der Antwort auf unsere Interpellation. So ist es selbstverständlich zu begrüßen, dass der Stadtrat auch weitere Massnahmen angedacht hat, um die Wählerinnen in Arbon schon ganz allgemein besser zu informieren. Es ist wichtig, dass möglichst viele am politischen Prozess partizipieren und die geplanten Massnahmen helfen hier sicherlich mit. Auch die Initiative der Interpartei ist zu begrüßen. Aber ich möchte Sie daran erinnern, dass es in unserem Vorstoss darum ging, primär die jungen Mitbürger und Mitbürgerinnen zu erreichen. Ich bin mit dem Stadtrat auch einverstanden, dass Videos ein gutes Medium wären. Warum nutzt die Stadt also nicht ihren Instakanal, um auf die Easyvote-Erklärvideos aufmerksam zu machen? Falls sie gleichzeitig die Broschüre verschickt, bräuchte sie nicht mal ein schlechtes Gewissen zu haben. Ich bin überzeugt, wenn es darum geht, die politische Partizipation zu fördern, ist das Motto «das eine tun und das andere nicht lassen» sicher mehr als angebracht. Deshalb möchte ich den Stadtrat nochmals bitten, seine Argumente zu überdenken, diesen Schritt auf die Jungwähler und Jungwählerinnen zuzumachen und die CHF 6'473 in die Hand zu nehmen als Zeichen, wie wichtig uns die Beteiligung der Jugend ist.

**Reto Neuber, Die Mitte/EVP:** Die Erfahrungen und Auswertungen der Online-Plattformen wie Vimentis haben gezeigt, dass es nicht ausreichend ist. Daher finden auch wir, dass einfach ein neues Infosystem kaum positive Auswirkungen auf die Stimmbeteiligung der Jungen haben wird. Für die Jungen oder auch für uns wäre es einfacher, wenn wir direkt online abstimmen könnten. Wie wir aber wissen, gehört dieses Thema auf Bundesebene. Und da hat man anscheinend Bedenken wegen der Sicherheit und somit der Richtigkeit der Online-Abstimmungen. Da muss früher oder später eine Lösung her.

Auf kommunaler Ebene sind wir Parteien gefordert, dass wir unseren Nachwuchs schulen und bei den kommunalen Themen sehr gut informieren. Es muss auch immer eine Tür offen sein für das Mitgestalten der jeweiligen Themen. Es müssen die Plattformen der Stadt wie die Parlamentssitzung, die Jungbürgerfeier, das Seenachtsfest und weitere städtische Aktivitäten und Publikumsmagnete genutzt werden, um weiter an diesem Thema zu arbeiten. Konkret können wir uns gezielte Unterrichtsstunden an den verschiedenen Schulen vorstellen. Diese Infos könnten zum Beispiel von Parlamentarierinnen und Parlamentariern gemacht werden. Die Fraktion Die Mitte/EVP stellt sich für solche schulischen Aktivitäten sehr gern zur Verfügung.

**Pascal Ackermann, SVP:** Wir bedanken uns bei den Interpellanten für den Vorstoss, da auch aus unserer Sicht die Stimmbeteiligung gerade bei der jungen Bevölkerung Arbons gesteigert werden sollte. Ebenfalls bedanken wir uns beim Stadtrat für die Antwort. Aus unserer Sicht zieht der Vergleich mit Vimentis nur bedingt. Easyvote kommt zwar ziemlich ähnlich einfach wie Vimentis daher, jedoch ist das Erscheinungsbild von Easyvote unserer Meinung nach definitiv moderner. Ich schliesse mich hier dem Vorredner Daniel Bachofen an. Dazu kommt, dass es diese Angebote ja wohl kaum geben würde, wenn dadurch gar kein positiver Effekt entstehen würde. Wir hätten uns vom Stadtrat daher gewünscht, dass Easyvote zumindest in einem zwei- bis dreijährigen Pilotprojekt an die junge Bevölkerung verteilt wird. Wenn anschliessend die Stimmbeteiligung dadurch nicht erhöht wird, sehen wir es wie der Stadtrat und würden auf eine weitere Ausgabe dessen verzichten. Die Kosten für Easyvote erscheinen uns jedoch

überschaubar, und wenn dies allenfalls die Stimmbeteiligung erhöht, wären die Kosten definitiv auch sinnvoll investiert. Auf jeden Fall sind die knapp CHF 7'000 besser in die Jugend investiert als für irgendwelche Gutachten, welche für CHF 20'000 schlussendlich sistiert werden müssen wie zum Beispiel beim Riva. Die Frage, ob und wie die entsprechende Auswirkung eines solchen Angebots jedoch geprüft werden kann, stellt sich und kann nicht ganz einfach beantwortet werden.

**Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte:** In der Beurteilung sind wir uns alle einig, die Stimmbeteiligung ist in der Schweiz allgemein tief und in Arbon ist sie noch speziell tief. Natürlich wäre vor allem auch eine grössere Beteiligung unserer Jugend sehr erfreulich. Dies ist gerade in Zeiten speziell zu betonen, in denen wir uns befinden, wo eben nicht allzu weit von uns entfernt die Demokratie frontal attackiert wird. Da wäre es schon schön, wenn wir uns in der Schweiz dieses Privilegs unserer demokratischen Rechte bewusster wären und diese auch intensiver nutzen würden. Der Stadtrat will hier auch nicht untätig bleiben, Sie können es der Antwort entnehmen. Wir sehen hier zwei Bereiche.

Der eine, das sind eigentlich die bedauerlichsten Nichtstimmen, sind die, die eigentlich stimmen wollen, aber dann einen formellen Fehler machen. Dieser Anteil ist in Arbon erschreckend hoch. Hier ist die Stadtschreiberin aktiv. Wir wollen hier die Abstimmenden sensibilisieren, dass sie möglichst alles richtig machen, nicht, dass hier regelmässig 80 oder 100 Stimmen gar nicht zum Tragen kommen, weil hier formelle Fehler passieren.

Dann hat sich unlängst eine Arbeitsgruppe getroffen mit Vertretern aus Ihren Reihen im Sinn eines Brainstormings, was man tun könnte, um die Leute und eben auch die Jungen vermehrt zum Abstimmen zu bringen. Da hat es interessante Ideen gegeben. Insbesondere sollte die Idee jetzt weiterverfolgt werden, mit gezielten Videos auch Jugendliche zu erreichen und zu animieren, von ihren Rechten Gebrauch zu machen.

Letztlich ist der Stadtrat aber auch überzeugt, dass PR-Massnahmen, so originell sie auch sein werden, hier nicht die Lösung oder den Umschwung bringen werden. Es braucht mehr politisches Interesse, und da sind primär ganz andere gefragt als der Stadtrat. Das fängt in der Familie an. Wird zuhause politisiert, ist das überhaupt ein Thema? Das geht dann in der Schule weiter, das betrifft Vereine, die Gesellschaft und natürlich auch alle Parteien. Und hier sind wir wirklich alle gefragt, Politik möglichst als attraktiv zu vermitteln, nicht, dass der Eindruck entsteht, da geht es primär irgendwie um persönliche Befindlichkeiten und es wird ja vor allem gestritten um weiss ich was. Sondern dass die Leute den Eindruck bekommen, doch, da geht es um uns, um unsere Zukunft, um unsere Stadt, da möchte ich mittun, mich einbringen, dann stimmt man automatisch auch ab. Es fehlt vor allem an der Motivation, sich überhaupt um das politische Geschehen zu kümmern, sich überhaupt zu interessieren und weniger darum, mittels PR-Aktionen die Leute irgendwie animieren zu wollen.

Noch konkret zu Easyvote. Ich muss da schon um Verständnis bitten. Wenn die Stadt 10 Jahre bei Vimentis mitmacht und das auch immer schön bezahlt hat und am Schluss wirklich kein Effekt nachweisbar ist, wir haben auch keinerlei Reklamation erhalten von eifrigen Leserinnen und Lesern, die enttäuscht waren, dass das jetzt nicht mehr zugestellt wird. Es hat sich auch nie jemand von den Jugendlichen gemeldet, die sich gefreut hätten, wenn wir Vimentis oder Easyvote bezahlen würden. Und das sind keine Behauptungen, das sind Fakten. Dass wir da nicht motiviert sind, da primär noch mehr Geld zu investieren, auch wenn es «nur» CHF 6'500 sind, sondern lieber eine vielleicht originelle Videokampagne finanziell mitunterstützen, da muss ich wirklich um Verständnis bitten. Es ist sicher auch nicht ganz korrekt, das dann den Gesamtausgaben für die Wahlunterlagen gegenüberzustellen. Ich meine, das sind die Basisunterlagen, da geht es darum, dass man überhaupt abstimmen kann. Da kann man nicht gegenüberstellen, wir würden die Broschüre verschicken und wollten da jetzt nicht noch etwas Zusätzliches bezahlen. Ich möchte Sie alle ermuntern, vor allem auch als Parteivertreter, seien Sie in Ihren Kreisen vor allem aktiv, sorgen Sie dafür, dass sich möglichst viele junge Leute für Politik interessieren, dass sie sich engagieren, dass sie sich von Ihnen abgeholt fühlen, dass sie Politik als etwas Positives erleben,

dann stellt sich eine höhere Stimmbeteiligung automatisch ein. Wie gesagt, wir sind unterwegs, da sind auch Vertreter von Ihnen dabei. Geben wir doch jetzt dem eine Chance und setzen wir nicht wieder auf ein Pferd, das sich zumindest in Arbon in vergleichbarer Form wirklich nicht bemerkbar gemacht hat.

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit Diskussion als beantwortet gilt.

#### **4. Interpellation Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung von Lukas Auer, Fabio Telatin und Heidi Heine, alle SP/Grüne, Esther Straub, Die Mitte/EVP**

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Die Interpellation Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung von Lukas Auer, Fabio Telatin und Heidi Heine, alle SP/Grüne und Esther Straub, Die Mitte/EVP wurde am 28. September 2021 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn Sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

**Lukas Auer, SP/Grüne:** Im Namen der Interpellanten bedanke ich mich für diese Vorzeigebearbeitung. Als Gewerkschaftsbundpräsident des Kantons Thurgau hat mich diese Beantwortung sehr gefreut. Aus Erfahrung kann ich sagen, dass das leider nicht überall so ist. Es zeigt, wie vorbildlich eine Stadt beim Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung sein kann. Diese Interpellation wurde und wird schweizweit seit 2018 in verschiedenen Gemeinden, Stadt- und kantonalen Parlamenten eingereicht. Der Wortlaut ist ziemlich eins zu eins. Sogar im nationalen Parlament wurde diese eingereicht. Ziel war es und wird es auch in Zukunft sein, ein Gesamtbild dieser Thematik zu haben, denn es ist ein Thema, das uns auch in Zukunft beschäftigen wird. Dennoch habe ich einen Punkt, den ich gern noch in einer Diskussion ansprechen möchte, darum bitte ich um eine Diskussion.

#### **Abstimmung**

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen zugestimmt.

**Lukas Auer, SP/Grüne:** Besten Dank. An der Parlamentssitzung vom 28. September waren 28 gewählte Volksvertreter und Volksvertreterinnen hier im Saal anwesend. Es haben mit den Interpellanten und den Interpellantinnen zusammen gerade mal 12 Personen unterschrieben, das sind knapp 43 Prozent der Anwesenden hier im Saal. Ich habe es noch ein bisschen angeschaut, wer von den Fraktionen unterschrieben hat. Von der Fraktion FDP/XMV hat zum Beispiel niemand unterschrieben, von der SP/Grüne 10, damals noch CVP/EVP war es eine Person und von der SVP jemand. Es hat mich aber auch damals nicht wirklich verwundert, sondern eher erstaunt, dass die Mehrheit heute dem Antrag zu einer Diskussion gefolgt ist. Haben wir vielleicht in der Zwischenzeit die Wichtigkeit dieses Themas eingesehen oder haben wir einfach aus Anstand eine Diskussion unterstützt?

Ich habe es vorab schon erwähnt, der Vorstoss ist und wird praktisch eins zu eins in verschiedenen Gemeinden, kantonalen oder Gemeindeparlamenten eingereicht. Darum jetzt noch einmal besten Dank für die Unterstützung. Es zeigt uns, dass die Stadt Arbon sehr viel Gutes für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht und dies auch aktiv fördert. Mit der Interpellation haben wir eine klare Haltung zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie verlangt und das hat der Stadtrat hier auch gemacht und lebt es auch noch vor. Mit der Interpellation haben wir auch eine Diskussion anregen wollen. Nicht nur in der Stadt Arbon, sondern wie gesagt auch in anderen Kantonen bei uns in unserer schönen Schweiz. Ich hatte so eine Freude über die Beantwortung, dass ich den Link von der Beantwortung des Stadtrats ab der Homepage der Stadt Arbon an alle meine Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Parlamenten geschickt und ihnen gesagt habe, so kann man es machen und so ist es doch schön.



Zu einem Thema möchte ich aber nochmals den Ball aufnehmen. Auf der zweiten Seite im Einführungstext der Beantwortung des Stadtrats stört mich etwas. Hier schreibt der Stadtrat beim zweiten und dritten Satz: «Diese ist bei der Stadt Arbon eine gelebte Selbstverständlichkeit, dazu gehört auch die Lohnungleichheit.» Und jetzt wissen wahrscheinlich einige schon, mit was ich schon wieder nach vorne komme. Ich habe schon mehrmals schriftlich wie auch mündlich nach dem Ergebnis der Lohnungleichheitsanalyse nachgehakt, die seit Juli 2021 Pflicht ist für jedes Unternehmen ab 100 beschäftigten Personen. Leider haben wir im Parlament noch keine Resultate gesehen. Und es nimmt sicher nicht nur mich oder jene, die damals beim Vorstoss unterschrieben haben, wunder, sondern auch weitere Kollegen hier im Saal. Warum wird uns diese nicht vorgestellt oder zugeschickt? Man kann sie anonymisiert zuschicken. Warum ist das so geheim? Ich finde, die Stadt Arbon muss sich nicht verstecken, wenn die Analyse positiv ist, denn das Sprichwort «tu Gutes und sprich darüber» soll man auch machen. Hier bitte ich, das endlich zu machen, damit Luki Auer das Thema abhaken kann und niemanden mehr nerven muss.

Noch meine zwei letzten Sätze zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung: Ich kann euch aber sagen, und das kann ich euch versprechen, dieses Thema wird uns noch beschäftigen und ich werde, wenn ich dann noch im Parlament bin oder ich hoffe, dass sonst jemand anders wieder eine Frage dazu stellt, ob der Stadtrat immer noch das zeigt, lebt und vorlebt. Und zum Schluss nochmals wirklich ein Bravo an die Stadt Arbon, wie man so etwas machen muss, soll, kann und Hut ab, besten Dank.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich hätte eigentlich gern zum Eintreten auf diese Interpellation votiert, das Wort wurde mir aber nicht erteilt, sondern wir schritten gleich zur Abstimmung. Ich bitte Sie als Präsident, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich mich der Stimme enthalten habe, das wurde im Abstimmungsergebnis nicht mal erwähnt. Ich bitte Sie dem nachzukommen, dass ich mich enthalten habe. Dies aus Protest zur Form dieser Interpellation. Zum Inhalt äussere ich mich gar nicht, sondern zur Form.

Sie bekommen gerade eine Fotokopie dieser Interpellation, die sie vergleicht, wie vom Interpellanten erst jetzt in der heutigen Debatte angetönt, dass sie identisch ist mit einer Wiler Interpellation. Auf dieser Fotokopie, die Sie gerade erhalten, sehen Sie auf der linken Seite die Interpellation, welche die SP im Stadtparlament Wil im Mai 2018 eingereicht hat. Auf der rechten Seitenhälfte die Interpellation, die Lukas Auer als Erstunterzeichner mit 11 Mitunterzeichnern im September letzten Jahres hier in unserem Parlament eingereicht hat. Die rot eingefärbten Passagen auf der linken Seite finden Sie wörtlich auf der rechten Seite wieder, Passagen auf der linken Seite, die durchgestrichen sind, fehlen auf der rechten Seite. Und was auf der rechten Hälfte grün eingefärbt ist, ist noch Eigenprodukt der Arboner Interpellanten. Nur schon ein Blick auf dieses Blatt macht klar: Die Arboner Interpellation besteht aus 70 Prozent Wortlaut der Wiler Interpellation, 25 Prozent Streichungen aus der Wiler Interpellation und etwa noch 5 Prozent ist Eigenprodukt aus Arbon.

Die Arboner Interpellanten haben nicht nur den Text, sondern auch alle Kommafehler der Wiler Interpellation übernommen. Sodann hat der einzige Einschub, den die Arboner Interpellanten in den Wiler Text gemacht haben, bewirkt, dass in der Arboner Interpellation die Nummerierung der Fragen am Schluss ihrer Interpellation nicht mehr stimmt. Die Ziffer 5 erscheint zweimal in der Arboner Interpellation. Diesbezüglich sind sie noch ungenau.

Gendergerecht sind die beiden Interpellationen auch nicht. So wird in der Arboner und Wiler Interpellation gefragt: Wie viele Frauen haben in den letzten fünf Jahren nach ihrem Mutterschaftsurlaub die Arbeit nicht mehr aufgenommen? Haben die SP-Vertreter schon einmal etwas von Vaterschaftsurlaub und Geschlechtergleichheit gehört? Auch Männer können nach einer Geburt zu Hause bleiben und die Kinder hüten. Das macht namentlich dann Sinn, wenn man eine Frau als Partnerin oder als Ehefrau hat, die mehr verdient als man selber. Auch in

diesem Punkt haben die Arboner Interpellanten es unterlassen, die Interpellation ajour zu bringen und einfach Stand Mai 2018 blind übernommen. Bequem und peinlich.

Ja, abschreiben darf man, auch ich mache das. Und ja, eine Interpellation ist keine wissenschaftliche Arbeit, wo Abschreiben zur Folge hat, dass man seinen Titel von der Seminararbeit bis zum Dokortitel wieder abzugeben hat oder etwa ein Verteidigungsminister in Deutschland wie Gutenberg zurückzutreten hatte. Und ja, mag auch sein, dass die Arboner Interpellanten keinen geistigen Diebstahl begangen haben, sondern die Wiler Genossen damit einverstanden sind, dass ihr Anliegen vom Arboner Parlament nochmals durchgekaut wird. Vielleicht schalten Parteizentralen Interpellationen wie die von Wil gar mit der Aufforderung zum Herunterladen und Rezyklieren in anderen Parlamenten schweizweit in ihrem Internet auf, um so Wasser der Medien vermehrt auf ihre Parteimühlen zu lenken, damit man sieht, wie aktiv diese Partei ist, indem sie immer wieder das Gleiche bringt. Ja, das alles darf man. Aber seine Quellen muss man nennen und nicht erst hier am Rednerpult, wenn man merkt, dass das Schafott fällt. Und dann weiss man und auch die Presse, dass so kluge Worte wie «wer will, findet Wege; wer nicht will, findet Gründe» nicht von den Arboner Interpellanten erdacht worden sind, sondern irgendwo von einem Schreiberling in einer Zentrale.

Ich möchte hier nicht nur ans Ehrgefühl von uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern appellieren, sondern auch praktisch argumentieren. Recht praktisch. Die Form hat nämlich einen Sinn, dass man offen kämpft und sagt, woher man die Ware hat. Ja, eine Diskussion über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Stadtverwaltung ist auch in Arbon durchaus berechtigt. Wenn gesagt wird, woher man das entsprechende Anliegen hat und wo es in genau gleicher Form schon einmal abgehandelt worden ist, kann jedermann, die Interpellanten übrigens auch, im Internet nachschauen, wie andernorts auf die genau gleiche Interpellation geantwortet wurde, statt das Rad neu zu erfinden. Indem unsere Beamtenschaft im Stadthaus wohlverstanden nicht gratis, sondern gut bezahlt eine Beantwortung der Interpellation originär erarbeitet, könnten sie wie die Interpellanten in Wil dort abschreiben. Zumindest könnten sie dort in Wil Ideen holen, wie hier in Arbon auf das Anliegen zu antworten ist. Die Verhältnisse in Arbon und in Wil sind nicht derart anders, als dass vieles, was für Wil gilt, nicht auch für Arbon zutreffen könnte. Die Stadtverwaltung Arbon hat die Interpellationsantwort aus Wil offensichtlich nicht gekannt. Die ist nämlich auch im Internet abrufbar. Ansonsten hätte sich der Stadtrat etwa kaum die Blösse geliefert, zu behaupten, in Arbon sei statistisch nicht zu erfassen, wie viele Frauen in den letzten fünf Jahren nach Niederkunft die Anstellung wieder angetreten oder endgültig verlassen haben. Das Wiler Stadtpräsidium war vermutlich länger als fünf Jahre im Amt und ihm waren darum alle Angestellten bekannt, die in den letzten fünf Jahren ein Kind geboren haben, bzw. die Wiler stiegen ins Archiv und sahen nach. 31 Geburten und 4 Austritte von Frauen. Wil hat 10'000 Einwohner mehr als Arbon und die Schulgemeinde ist dort integriert mit vielen jungen Lehrerinnen.

Sodann ist der Stadtrat Wil ausführlich auf die Problematik der Besetzung von vorübergehenden Vakanzen mit befristeten Anstellungen eingegangen. Das ist ein grosses, unter anderem gewerkschaftliches Problem, wenn man befristete Anstellungen für vorübergehende Vakanzen macht. In der Antwort des Stadtrats Arbon finden Sie dazu kein Wort. Ich schliesse daraus, dass der Arboner Stadtrat die Antwort aus Wil nicht kannte. Jedenfalls nimmt auch die Antwort des Arboner Stadtrats formell keinerlei Bezug auf die Wiler Interpellation. Einzig aus der Kürze der Interpellationsantwort könnte darauf geschlossen werden, dass die Arboner Regierung sich nicht lange mit undeklarierten Rezyklationsvorstössen herumschlagen will. Recht hat sie. Sie muss sich nicht mit solchen rezyklierten Produkten, die nicht als solche deklariert werden, herumschlagen. Übrigens die Interpellanten beurteilen die Antworten durch den Stadtrat als sehr gut – ich habe da meine Zweifel und ich zweifle, dass auch die Interpellanten diese Antwort aus Wil gelesen haben, denn sonst würden sie feststellen, dass die Antwort aus Wil wesentlich umfangreicher und detaillierter ist und mehr befriedigt, auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus.

Sodann habe ich soeben festgestellt, dass ein einziger Punkt, worüber wir diskutieren sollten, die Lohnungleichheit ist. Ist Lohnungleichheit ein Thema dieser Interpellation? Lesen Sie den Titel. Das ist es nicht. Demzufolge das Einzige, worüber wir diskutieren sollten, ist nicht Thema der Interpellation. Ich bitte Sie, das in der materiellen Debatte zu berücksichtigen.

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Ich möchte noch kurz vorausschicken, das Traktandum 4 ist als Interpellation eingegangen und wir haben es als Interpellation behandelt. Das heisst, der Interpellant spricht zuerst für den Antrag auf Diskussion. Es gibt noch den Art. 32 des Geschäftsreglements. «Wer zu Beginn oder während einer Sitzung Informationen, Propagandamaterial oder Zirkulare oder andere Schriftstücke im Saal verteilen oder verteilen lassen will, bedarf hierfür der Bewilligung des Präsidiums. » Wenn du angefragt hättest, wir hätten dir diese Bewilligung sicher gegeben.

**Felix Heller, SP/Grüne:** Ich finde es schon sehr müssig, was Riquet Heller hier veranstaltet. Es ist absolut üblich, dass ähnliche bis identische Vorstösse in verschiedenen Stadtparlamenten eingereicht werden, teilweise sogar gleichzeitig. Das nennt man Vernetzung, das nennt man koordiniertes Vorgehen. Ich weiss nicht, wie das in der FDP läuft, aber wir in der SP erhalten immer wieder Inputs seitens der SP Schweiz oder der Gewerkschaften, welche Themen wir in den Gemeinden einbringen könnten. Und ja tatsächlich, manchmal sind Vorlagen für fixfertige Vorstösse darunter, die man mehr oder weniger übernehmen kann. Das ist kein Skandal, wie Riquet Heller hier ausmachen möchte. Das ist nicht unüblich und wird in der Politik häufig gemacht. Und dies ist in einem föderalistischen Staat auch nicht unsinnig. Schliesslich ist Arbon nicht Wil. Wir haben nicht die gleiche Verwaltung wie Wil, die Voraussetzungen sind nicht dieselben und entsprechend kommen auch, wie Riquet Heller richtig erkannt hat, vom Stadtrat andere Antworten.

**Matthias Schawalder, SVP:** Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die guten und offenen Antworten. Mit Genugtuung kann man aus den Antworten des Stadtrats auf die Fragen der Interpellanten herauslesen, dass es in der Verwaltung nichts zu beanstanden gibt. Beim Durchlesen der Antworten entsteht sogar der Eindruck, dass sich unsere Stadtverwaltung beim Thema Gleichstellung mustergültig verhält. In der ersten Frage, in der es um den Know-how-Verlust geht, rühmt sich der Stadtrat sogar damit, dass– ich lese hier aus der Antwort vor – «etliche Mütter von anderen Arbeitgebern zur Stadt Arbon gewechselt haben, da sie am angestammten Arbeitsplatz nicht die gleich guten Möglichkeiten gehabt hätten, Familie und Beruf zu vereinbaren». Geschätzter Stadtrat, ich hoffe nicht, dass die Stadt Arbon Fachkräfte von Unternehmungen in und um Arbon abwirbt, indem sie Arbeitsstellen schafft, welche von privaten Unternehmen nicht konkurrenziert werden können. Dass etliche Mütter gewechselt haben, lässt dies jedoch erahnen. Die SVP-Fraktion möchte an dieser Stelle nochmals in Erinnerung rufen, dass der Auftrag einer Stadtverwaltung in erster Linie darin liegt, Dienstleister seiner Bürger zu sein, und zwar aller Bürger. Sie sollte auch darin bestrebt sein, interne Abläufe und Prozesse möglichst effizient abzuwickeln und ressourcenschonend zu sein. Interne Regelungen, die für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind, sind in der heutigen Zeit sicher löblich, jedoch dürfen sie gegenüber dem Auftrag der Stadtverwaltung nicht priorisiert werden.

**Lukas Auer, SP/Grüne:** Ich erlaube mir noch zwei, drei Bemerkungen zum Kasperlitheater von Riquet Heller. Ich bin wirklich dankbar, dass ihr das auch noch farblich dargestellt habt, was ich schon argumentiert habe, da bin ich sehr überzeugt. Die Quelle in Zukunft angeben, kein Problem, das kann ich machen. Felix Heller hat es auch erwähnt, diese Vorstösse sind ja da, um Themen anzuregen. Aber für mich zeigt es einfach einmal mehr oder zumindest jetzt, dass ihr die Interpellation mindestens zweimal gelesen habt. Und ich hoffe, ihr habt euch auch mit dem Thema auseinandergesetzt. Ein anderes Thema zum Beispiel ist ein kantonaler Mindestlohn, dieser wird auch parallel in verschiedenen Kantonen eingereicht. Aber mir ist auch klar, dass dich das dann stört, Riquet. Und da bin ich dann auch gespannt, wie du dich dazu äusserst wirst. Dann fiel das Wort Skandal. Ich finde es eigentlich auch skandalös, dass du dich hier so daneben benimmst und einfach anfängst, Sachen zu verteilen. Du bist länger im Parlament als ich und solltest das

Parlamentsreglement kennen. Du kriegst ja auch immer Sitzungsgeld, da kann ich schon erwarten, dass du das Parlamentsreglement kennst.

**Esther Straub, Die Mitte/EVP:** Der Stadtrat hat sich mit dieser Interpellation auseinandergesetzt. Mit der Beantwortung erkennt die Fraktion, dass es der Stadt bewusst ist, dass der gesellschaftliche Wandel der Rollenvorstellung von Mann und Frau in der Familie auch in der Stadtverwaltung Realität wurde. Dies ist für die Stadtverwaltung von Arbon eine Selbstverständlichkeit. Sie ermöglicht ihren Angestellten flexible Arbeitszeiten, Möglichkeit von Homeoffice und Teilzeitpensen. Die Stadt Arbon ist ein vorbildlicher Arbeitgeber, der mit der Zeit geht. Dass bei einer Kaderstelle eine gewisse Präsenz erwünscht ist, kann die Fraktion Die Mitte/EVP nachvollziehen. Die Abteilungsleiter haben eine grosse Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Stadt Arbon. Die Stadt Arbon geht mit dem Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften für die familienergänzende Kinderbetreuung einen Schritt weiter. Wir sehen, dass die Vereinbarung von Beruf und Familie so auch für die Bevölkerung von Arbon ermöglicht werden kann. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist mit der Beantwortung des Stadtrats zufrieden und bedankt sich.

**Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte:** Zur Recyclingdebatte möchte ich nichts sagen. Auch ansonsten ist das Wesentliche gesagt. Ich freue mich über die positiven Worte, die wir bekommen haben. Vielleicht noch etwas an Matthias Schawalder: Unsere Erfahrung ist gerade eine andere. Nämlich dass es sich auch für die Auftragserfüllung der Stadt sehr lohnt, wenn man in gewissen Bereichen flexibel ist. Wir haben gehört, was das beinhaltet, dass Mütter, aber auch Väter – heute gibt es zum Glück auch Väter, die nicht 100 Prozent arbeiten wollen, wenn sie Vater sind, sondern Teilzeitstellen suchen, eine gewisse Flexibilität zeigt, dass man dann sehr motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat und sich das auch gerade für die Auftragserfüllung der Stadt sehr lohnt. Wir werben keine Leute ab, es ist einfach so, dass in der Privatwirtschaft teilweise noch vielleicht ein bisschen überkommene Bilder herumgeistern, auch was Männer anbelangt. Nach meiner Beurteilung gibt es zu wenig attraktive Teilzeitstellen für Männer in der Privatwirtschaft, gerade auch, wenn man Führungsverantwortung übernimmt. Klar gibt es da eine Schmerzgrenze, wir haben das erwähnt, da braucht es eine gewisse Präsenz, aber 100 Prozent muss nicht jedermann arbeiten, der Führungsverantwortung wahrnimmt. So ist das zu verstehen, dass wir hier tendenziell vielleicht ein bisschen flexibler sind, als es in gewissen Branchen der Privatwirtschaft noch der Fall ist. Ich bin überzeugt, dass sich das da auch ändern wird, wir haben ja einen ausgeprägten Fachkräftemangel und heute ist praktisch jeder Arbeitgeber hochmotiviert, seinen gewünschten Mitarbeitenden in solchen Bereichen entgegenzukommen, soweit das halt geht.

Noch wegen der Lohnvergleichsanalyse: Es ist richtig, das ist nicht Thema dieser Interpellation, aber diese Frage von Kollege Auer wird ja wirklich sehr zu Recht gestellt und ich muss mich da ein Stück weit entschuldigen. Wir haben diese Lohnvergleichsanalyse ein bisschen aus dem Auge verloren. Mein letzter Stand ist, dass wir die machen wollten, sie aber koordiniert machen wollten mit anderen Städten. Wir hatten noch einen Wechsel in der Finanzabteilung und ich muss gestehen, ich weiss nicht, was der letzte Stand ist. Wir halten sie nicht zurück, wir wollen die nicht geheim halten, wir hätten sicher nichts zu verbergen, aber ich werde hier sofort aktiv werden und schauen, wo es klemmt und dass das jetzt in die Wege kommt oder es publiziert wird. Es gibt keinen Grund, da irgendetwas hinter dem Berg zu halten. Wie gesagt, uns ist das wirklich ein grosses Anliegen im eigenen Interesse.

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Ich stelle fest, dass diese Interpellation mit Diskussion als beantwortet gilt.

##### **5. Reglement zum Bezug von Betreuungsgutschriften für die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Arbon Wahl einer parlamentarischen 7er-Kommission**

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Das Büro hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Botschaft eine vorberatende parlamentarische 7er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung für diese parlamentarische Kommission: Jakob Auer, SP/Grüne, Rico Bättig, FDP/XMV, Linda Heller, SP/Grüne, Riquet Heller, FDP/XMV, Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP, Bill Mistura, SVP, Arturo Testa, Die Mitte/EVP. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der 7 Kolleginnen und Kollegen in Globo ab.

#### **Abstimmung**

Jakob Auer, SP/Grüne, Rico Bättig, FDP/XMV, Linda Heller, SP/Grüne, Riquet Heller, FDP/XMV, Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP, Bill Mistura, SVP, Arturo Testa, Die Mitte/EVP werden einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimmen gewählt.

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Als Präsident der Kommission wird Riquet Heller, FDP/XMV vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl des Präsidenten ab.

#### **Abstimmung**

Riquet Heller wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Präsident der Kommission gewählt.

### **6. Fragerunde**

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

**Lukas Auer, SP/Grüne:** Meine Frage bzw. meine drei Fragen beziehen sich auf die Öffnungszeiten der WC-Anlage beim Hafengebäude. Vor knapp zweieinhalb Wochen hatten wir die fünfte Jahreszeit in Arbon, drei schöne Fasnachtstage haben unsere Stadt wieder kunterbunt gemacht und viele Gäste wie auch Einheimische haben den Weg nach Arbon gefunden. Am Sonntag war ein spezieller Anlass am See, ein Spaziergang und ein Abschlusskonzert beim Hafen. Ich denke, 400 bis 500 Personen waren am Hafen vor Ort. Als ich nach zwei Bier auf die Toilette musste, stellte ich fest, dass es beim Hafen-WC eine längere Schlange gibt. Ich wurde dann auch angesprochen, warum das WC im Hafengebäude geschlossen sei. Kurz zusammengefasst steht «WC geschlossen über die Wintermonate wegen Einfrierens, ab 1. April in Betrieb». Meine Fragen dazu: Warum konnte das WC nicht geöffnet werden, da es weit über dem Gefrierpunkt war? Wie hoch sind die Kosten für die Öffnung ganzjährig? Wie hoch sind die Kosten an Unterhalt für die reduzierte Öffnungszeit?

**Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV:** Besten Dank für diese Fragen. Die öffentliche WC-Anlage im Hafengebäude wird durch denselben Wasserkreislauf wie die Steganlage im Hafen betrieben. Diese Leitungen müssen jeweils über die Wintermonate entleert werden, um allfällige Frostschäden zu vermeiden. Die Nächte in den vergangenen Wochen hatten immer noch Minustemperaturen, was zu Frost geführt hätte. Als Beispiel zeigte das Thermometer am Fasnachtswochenende minus 5 Grad in der Nacht. Dazu wird die Reinigung dieser WC-Anlage durch den Hafenmeister erledigt. Das Hafengebäude ist gemäss Hafenordnung jeweils von April bis neu Ende Oktober durch den Hafenmeister täglich besetzt. Daher kann eine Reinigung durch den Hafenmeister nur während dieser Zeit gewährleistet werden. Die Kosten für den Unterhalt der WC-Anlage werden nicht separat, sondern im Unterhalt des Bootshafens verbucht. Aus diesem Grund können die effektiven Kosten nur angenommen werden. Die ganzjährigen Unterhaltskosten wie WC-Papier, Reinigungsmittel usw. für die öffentlichen WC-Anlagen im Hafengebäude würden sich auf ca. CHF 18'000 belaufen. Die Unterhaltskosten für den aktuellen Betrieb von April bis Oktober belaufen sich auf ca. CHF 9'000 pro Jahr. Aufgrund der Anfrage von

Lukas Auer und auch der Bevölkerung ist meine Abteilung FSL im Moment in Abklärung, ob es eventuell ohne grossen Aufwand möglich wäre, die Toilettenanlage auch im Winter zu betreiben. Informationen folgen.

**Esther Straub, Die Mitte/EVP:** Mit dem unnötigen Krieg beschäftigen wir uns alle. Ich habe mir viele Gedanken über die Sicherheit der Einwohner von Arbon gemacht. Im Jahr 1992 erhielten wir einen zugewiesenen Platz für meine Liegenschaft in einer Schutzanlage. Das gelbe Blatt musste an einem Ort aufgehängt werden, der für die Bewohner ersichtlich war. Dort steht, ich muss im Telefonbuch die letzte Seite lesen und dies befolgen. Heute sind in den meisten Haushaltungen keine Telefonbücher mehr zu finden. Arbon hat sich in den letzten 30 Jahren baulich sehr vergrössert, die Einwohnerzahl ist auch gestiegen. Beim Amt für Bevölkerungsschutz des Kantons Thurgau habe ich unter Zuweisung der Schutzräume Folgendes gelesen: Gemäss Paragraph 12 dieser Verordnung hat die Gemeinde eine Liste der vorhandenen Schutzräume und der Einwohner/innen pro Gebäude zu erstellen und ständig zu aktualisieren. Gemäss Ziffer 3.5 der Weisung des Bundes sind die Ergebnisse dieser Zuweisungsplanung spätestens nach einer Entscheidung zur Verstärkung des Bevölkerungsschutzes im Hinblick auf einen beachtlichen Konflikt umfassend bekanntzugeben.

Meine Fragen:

1. Haben die Zuweisungen zu den einzelnen Luftschutzanlagen immer noch ihre Gültigkeit?
2. Wieso wird die Bevölkerung nicht alle zehn Jahre diesbezüglich informiert, wo sich ihre Schutzräume befinden?
3. Wird von der Stadt oder einem Zivilschutz ein Flyer mit den wichtigsten Verhaltensregeln und anderen Informationen verteilt oder sind diese anderswo zu finden?
4. Wie wird eine Bekanntgabe der Zuteilung durch die Stadt Arbon erfolgen?

Ich hoffe, dass ich nicht in so eine Situation kommen werde, aber es ist sicherlich beruhigend, wenn alle wissen, wo sich ihre Schutzanlagen befinden.

**Stadtrat Luzi Schmid, Die Mitte:** Esther Straub, du hast natürlich recht und deine Fragen sind sehr aktuell und sowohl emotional wie auch praktisch berechtigt. Wir leben in einer speziellen Zeit, wir erleben gerade schwierige Ereignisse. Wer hätte noch vor drei oder vier Jahren solche bedrohlichen Geschehnisse für möglich gehalten? Es ist Pandemie, es ist Krieg. Ich darf aus politischer wie gesellschaftlicher Sicht mit Genugtuung feststellen, die Solidarität gegenüber den Kriegsbetroffenen spielt bestens, dass aber auch die Schutzmechanismen bei nuklearen oder sonst chemischen Einflüssen auf die Schweiz wie bei einer Kriegsauslösung durch eine solche Atommacht, durch einen solchen Aggressor durchaus nicht ohne Weiteres ausgeschlossen werden darf. Also der Bevölkerungsschutz, wie das bei uns in der Schweiz und im Kanton Thurgau und hier bei uns in Arbon heisst, steht in Bereitschaft, ist organisiert, intakt, funktioniert. Wir müssen nicht in Panik verfallen und uns eigensinnigen Einzelaktionen hingeben.

Zu den vier Fragen von Esther Straub:

1. Die Zuweisungen wurden, wie richtig festgestellt wurde, vor 30 Jahren vorgenommen. In der Zwischenzeit entstanden viele neue Quartiere, mehr Einwohner, das wurde von der Fragestellerin auch bereits festgestellt, und vor allem die Mobilität der Einwohnerschaft hat noch mehr zugenommen, sodass viele untertags oder gar unter der Woche sich gar nicht in Arbon aufhalten. Es braucht folglich grössere und andere Flexibilität, um auf die jeweilige Notsituation richtig und effizient reagieren zu können, was mit dem vor 30 Jahren angelegten System nicht mehr gegeben ist.
2. Wieso nicht alle zehn Jahre informieren? Weil solche Flyer schnell überholt sind, weil das aktuelle Regime mit allen heute zur Verfügung stehenden Informationsmöglichkeiten so organisiert ist, um aktuell und zielgerichtet auf die bestehende Notsituation zu reagieren. Rasch, effektiv und verständlich, wenn es denn nötig wird und sinnvoll ist.
3. Die Wirkung eines Flyers ist sehr fraglich. Auch ob er dann, wenn er gebraucht wird, wirklich zur Hand ist. Informationen findet jeder Interessierte unter anderem auf der Webseite des Kantons (Amt für Bevölkerungsschutz und Armee) oder gerade, wie man sich nach einem

Sirenenalarm zu verhalten hat, auf der Seite des Bundesamts für Bevölkerungsschutz. Nicht vergessen werden darf, dass die Medien, hier meine ich Fernsehen und Radio, sogar die Lokalzeitungen, gut informiert haben und weiter umfassend informieren werden.

4. Der Bund und einzig der Bund löst und ruft Not- und Gefahrenlagen aus, die dann zur Zuteilung der Schutzräume führen. Die Stadt Arbon hat dann im Auftrag des Kantons Thurgau die Einwohnerschaft zu informieren, dies geschieht über alle zur Verfügung stehenden Medienmöglichkeiten, wie Sie sie kennen wie Internet, soziale Medien, Handy, Inserate, Plakate, wenn nötig über akustische Geräte oder was sonst noch möglich und sinnvoll ist. Wer keinen eigenen Schutzraum hat, dem wird einer zugewiesen. Die Zuweisungspläne sind übersichtlich, verständlich und schnell einsehbar. Der Bezug hat geordnet und gesittet zu erfolgen.

Wir sind vorbereitet, das Machbare ist organisiert.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Keine Angst, ich verteile die Botschaft nicht, das hat bereits der Stadtrat gemacht, Sie haben sie alle erhalten und studiert und gelesen im Hinblick auf die Abstimmung.

Gemäss Art. 17 Abs. 2 der Gemeindeordnung berät das Stadtparlament und nicht bloss eine seiner Kommissionen alle Geschäfte, die den Stimmberechtigten zur Abstimmung zu unterbreiten sind. Darauf fasst dieses Plenum, nämlich wir als Gesamtes, einen Beschluss, ob den Stimmberechtigten eine Vorlage zur Annahme oder Ablehnung zu empfehlen ist. Die entsprechenden Beratungen im Parlament in Sachen Stadthofareal vom 14. Dezember 2021, worüber wir kürzlich abgestimmt haben, waren ausführlich und schlugen sich im Parlamentsprotokoll in 7 A4-Seiten nieder. Wir brauchten 7 A4-Seiten, um unsere Debatte niederzuschreiben. Die Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten, die Sie alle gelesen haben, umfasst 20 A5-Seiten, was gar 10 A4-Seiten entspricht. Die Botschaft stellt den Standpunkt des Stadtrats und die Argumente einer betreffend den Parlamentsbeschluss unzuständigen vorberatenden Kommission unseres Parlaments in extenso dar. Den Beschluss und die Debatte des Parlaments fand sich dagegen bloss am Schluss der Botschaft gerade mal in 8 Worten, nämlich welches das Abstimmungsergebnis hier im Parlament war. Verfasst und unterzeichnet wurde die Botschaft vom Stadtpräsidenten und der Stadtschreiberin, beides Fachleute, die genau wissen, wer im Arboner Politbetrieb für was zuständig ist. Meine Fragen: Worin äusserte sich die Wertschätzung des Stadtrats für die Arbeit des Parlaments bei der Stadthofarealbotschaft? Liegt ein Freud'sches Versehen vor? Ich stelle noch zwei Punkte klar: Meine Frage ist wiederum formeller Art und zielt nicht auf das Bauprojekt oder die Abstimmung an sich. Zweitens stelle ich fest, dass der Stadtrat dem Parlament auch bei sonstigen Abstimmungsbotschaften geradezu traditionellerweise nicht den Stellenwert zuweist, den es gemäss Gemeindeordnung haben sollte. So etwa insbesondere beim Budget, das wir jeweils mit einer ellenlangen Sitzung durchackern und darüber zuhanden der Stimmberechtigten ebenfalls eine empfehlende Schlussabstimmung durchführen. Darf ich um Beantwortung der entsprechenden Fragen bitten?

**Stadtpräsident Dominik Diezi, Die Mitte:** Danke für diese Fragen. Ich verstehe die Fragen so, dass vor allem die Seiten 18 und 19 der entsprechenden Botschaft den Unmut erregt haben. Sagen wir es leider mit Vorsicht, das ist betitelt mit einerseits vorberatende Kommission und andererseits Position des Stadtrats. Hier bin ich einverstanden mit dem Fragesteller, dass es besser wäre, man hätte das einfach überschrieben mit Parlament und Stadtrat. Das entspricht auch der Art, wie der Bund das in seinen entsprechenden Abstimmungsbüchlein für die Stimmenden macht. Das nehmen wir so auf und werden das in Zukunft auch anders handhaben. Ansonsten kann ich den Fragen bzw. den vorangehenden impliziten Wertungen nur sehr bedingt folgen. Es ist nicht Sache des Stadtrats, das Parlament zu bewerten oder würdigen. Das Parlament ist die Aufsicht für den Stadtrat und nicht umgekehrt. Und schon gar nicht ist in einer Botschaft an die Bevölkerung im Zusammenhang mit einer Sachabstimmung der Ort, die Arbeit des Parlaments zu qualifizieren. Um was geht es in solchen Ausführungen? Es geht um die Information der Stimmberechtigten, dass sie in der Lage sind, sich eine eigene

Meinung zu bilden. Und da ist es unter anderem entscheidend, dass die Pro- und Contra-Argumente, und da sind wir eben auf den Seiten 18 und 19, auch angemessen thematisiert werden. Wo diese Pro- und Contra-Argumente zum ersten Mal aufgetaucht sind, spielt letztlich keine Rolle, ob das nun Argumente des Stadtrats sind, die am Schluss dazu geführt haben, dass das Parlament der Bevölkerung empfiehlt, eine entsprechende Vorlage anzunehmen, oder ob es Argumente sind, die erstmals in der vorberatenden Kommission formuliert wurden oder ob es Argumente sind aus der parlamentarischen Beratung, das ist letztlich völlig irrelevant. Entscheidend ist, dass diese Argumente geäußert wurden. Man kann ja auch nicht festmachen, wie viele der zustimmenden Parlamentarier aus welchen Gründen dafür oder dagegen waren. Darum ist es wichtig, dass man alle Pro- und Contra-Argumente, die im Rahmen des politischen Prozesses formuliert werden, offen auf den Tisch legt. Erfahrungsgemäss ist es natürlich so, dass in diesem Prozess die vorberatende Kommission eine entscheidende Rolle spielt. Das liegt ja auch auf der Hand. Man setzt ja eine solche vorberatende Kommission ein, das müsste man ja nicht, das Parlament könnte ja das selber machen, dass die Spezialisten oder die speziell interessierten Parlamentarier, die sich vertieft mit dieser Angelegenheit beschäftigen wollen, Einsitz nehmen in so einer Kommission und dass im kleineren Kreis gearbeitet werden kann. Dann liegt es ja auf der Hand, dass natürlich die entscheidenden Argumente, die eben auch später im Parlament eine Rolle spielen, praktisch alle hier schon formuliert werden und auftauchen. Deshalb nimmt man primär mal Bezug auf Argumente, die erstmals in der vorberatenden Kommission geäußert wurden. Das hat nichts mit einer Wertung oder Geringschätzung zu tun. Es erscheint mir auch relativ künstlich, hier einen Unterschied machen zu wollen zwischen einer vom Parlament eingesetzten vorberatenden Kommission und dem Parlament als solchem. Es ist ja letztlich das gleiche Organ, das, um die Arbeit möglichst effizient und professionell zu gestalten, aus eigenem Entschluss eine solche vorberatende Kommission einsetzt. Also wie gesagt, ich nehme das wirklich gern entgegen, dass die Betitelung sehr unglücklich ist. Da sollte einfach zum Ausdruck kommen, was die Argumente im Rahmen des Parlaments und des Stadtrats sind, die eine Rolle gespielt haben. Aber ansonsten kann ich den Ausführungen des Fragestellers nur sehr bedingt folgen.

## 7. Informationen aus dem Stadtrat

**Stadtrat Michael Hohermuth, FDP:** Bei den aktuellen Szenarien rechnet der Bund, dass bis Juni 2022 50'000 Flüchtlinge in die Schweiz flüchten werden. Bis gestern haben annähernd 10'000 ukrainische Flüchtlinge den Schutzstatus S in einem der Bundeszentren registrieren lassen. Der Kanton Thurgau rechnet mit täglich bis zu 40 Zuweisungen vom Bund. In Arbon wissen wir aktuell von 40 Personen, welche bei Privaten untergebracht sind. Davon sind 10 Kinder. Wir erleben aktuell eine Welle der Solidarität. Die katholische und evangelische Kirche sowie das Solinetz Oberthurgau eröffnen diese Woche Treffs für die Flüchtlinge. Der FC Arbon öffnet die Tore, damit die Flüchtlinge ihre Freizeit dort verbringen können. Dies ist sehr erfreulich und zeigt die grosse Solidarität. Ohne diese Solidarität der Bevölkerung wären die schnell ansteigenden Flüchtlingsströme durch die staatlichen Institutionen kaum bewältigbar gewesen. Damit die Hilfsangebote möglichst von Beginn weg am richtigen Ort platziert sind, möchte ich Ihnen nun aufzeigen, wie der Kanton gestern entschieden hat und wie der Prozess gelebt werden soll. So können wir möglichst Leerläufe und Doppelspurigkeiten vermeiden und so auch alle zielgerichtet weiterarbeiten.

Die Unterstützungsansätze für ukrainische Flüchtlinge entsprechen den Ansätzen der Asylsuchenden. Zusätzlich zum Lebensunterhalt ist eine angemessene Unterkunft und die Gesundheitsvorsorge, sprich die Krankenkasse sicherzustellen. Für die Unterbringung in privaten Wohnverhältnissen ist die SKOS in Zusammenarbeit mit der Sozialdirektorenkonferenz dabei, eine einheitliche Richtlinie zu erlassen. Diese wird massgebend sein für die Entschädigung von Gastfamilien. Entschädigt werden die Gemeinden mit der Globalpauschale 1 im Thurgau. Zum aktuellen Zeitpunkt geht der Bund von einer Rückkehr der Flüchtlinge aus, daher wird keine Entschädigung für Integrationsmassnahmen bezahlt. Der



Bund wird dies aber laufend weiter prüfen. Schulpflichtige Kinder sollen baldmöglichst nach der Ankunft den Schulunterricht besuchen können, dazu sind die Primarschulgemeinden angehalten, eine oder mehrere Einführungsklassen zu erstellen. Bei der PSG Arbon haben wir bereits drei Kinder im Schulunterricht.

Aktuell gibt es drei verschiedene Prozesse, die der Bund, die Kantone und die Gemeinden miteinander definiert haben, um die Flüchtlinge so schnell wie möglich aufzunehmen.

Hier sehen Sie den ersten von insgesamt drei verschiedenen Wegen, wie die Unterbringung von Flüchtlingen sichergestellt werden soll. Die Flüchtlinge melden sich in einem der Bundesasylzentren für die Registrierung und den Schutzstatus S. Nach der Registrierung und der Grösse der Ströme und den Kapazitäten in den Durchgangsheimen weist der Bund den Kantonen die Flüchtlinge zu. Die Durchgangsheime liegen in der Obhut des Kantons und der Peregrina-Stiftung. Je nach Kapazität der Durchgangsheime werden die Flüchtlinge schneller oder erst nach ein paar Wochen in die Obhut der Gemeinden übergeben.

In Arbon haben wir bereits drei Durchgangsheime, welche durch die Peregrina-Stiftung im Auftrag des Kantons betreut werden. Diese sind an der St. Gallerstrasse, das ehemalige evangelische Pflegeheim und neu das alte Spital bei der Sonnhalde. Von den also bis Ende März geplanten Kapazitätserweiterungen von 300 auf 600 Plätze sind 90 dieser zusätzlichen 300 Plätze allein in Arbon angesiedelt.

Der zweite Fall ist die Direktzuweisung. Die Flüchtlinge melden sich ebenfalls wieder zuerst in einem Bundesasylzentrum für die Registrierung und den Schutzstatus. Zusammen mit dem Schweizerischen Flüchtlingswerk und den Kantonen werden die Personen in geeignete Gastfamilien oder auch via die Gemeinde untergebracht. Die Flüchtlinge müssen sich dann bei der Gemeinde anmelden. Ab diesem Zeitpunkt ist die Gemeinde für die Betreuung und für die Ausrichtung der Hilfeleistungen zuständig. Die Flüchtlinge halten sich also bei Gastfamilien auf, werden finanziell aber von der Gemeinde betreut. Gastfamilien können sich bei Problemen entweder beim Schweizerischen Hilfswerk oder auch bei der zuständigen Gemeinde melden.

In Arbon haben wir bereits mehrere Plätze bei Privaten, die entweder leere Wohnungen oder Räume zur Verfügung stellen. Zudem sind wir laufend im Austausch mit Vermietern von leeren Wohnungen. Sämtliche Möglichkeiten werden erfasst, aber auch klassifiziert. Sei dies die Dauer, bis sie bezugsbereit sind, Vorleistungen für einen möglichen Bezug usw. Wir prüfen also laufend die Zuweisungen und auch die Kapazitäten. Und wenn es angezeigt ist, werden wir auch neue schaffen. Wir werden diese aber strikt auch nach diesen Kriterien abarbeiten. Objekte, in die wir zuerst investieren müssen, weil sie Sicherheitsstandards nicht erfüllen oder die Grundbedürfnisse nicht decken können, werden erst als letzte Option gezogen. Darunter fällt auch das Metropol. Wir haben aktuell freie und bessere Unterbringungsmöglichkeiten.

Der letzte Fall ist das, was bereits schon einige Male geschehen ist und sicher auch in Zukunft noch viel geschehen wird. Das ist die direkte Zuflucht bei Privaten. Personen, die sich bereits in der Schweiz aufhalten oder von Privaten direkt in die Schweiz geholt werden und noch keinen Schutzstatus besitzen, müssen sich direkt bei einem Bundesasylzentrum melden. Dies sollte zwischenzeitlich bereits online möglich sein. Der Bund registriert die Flüchtlinge, stellt den Schutzstatus aus und weist diese direkt wieder der bestehenden Gastfamilie zu. Dies ist wichtig, damit auch die finanzielle Hilfeleistung fliessen kann. Dies bedeutet, diese Flüchtlinge bleiben permanent bei den Gastfamilien.

Genau diese Prozesse sollen nun gelebt werden. Natürlich wird es sich in der Praxis noch zeigen, ob diese ausreichen oder noch weiter angepasst werden müssen. Dazu finden laufend Austausche zwischen diesen drei Parteien statt. Es ist auch klar, dass wir dies als politische Institution nicht allein stemmen können und wir sind froh und sehr dankbar, können wir auf eine breite Unterstützung zählen, auch hier in Arbon. Damit diese aber zielgerichtet eingesetzt werden kann, ist es wichtig zu verstehen, was ich als einzelne Person machen kann und vor

allem auch, wo ich mich melden soll. Möchten Sie eine Sachspende, zum Beispiel Schlafsäcke tätigen, haben Sie eine längerfristige Unterkunft für Flüchtlinge, melden Sie dies zwingend der kantonalen Hotline. Diese Informationen sammelt die Hotline, triagiert diese und meldet es der Gemeinde auch zurück. Möchten sie mittels einer Sachhilfe oder eines Freiwilligendienstes, seien dies Übersetzungen, kleine Geschenke oder Hilfsdienste auf lokaler Ebene unterstützen, melden Sie sich direkt beim Sozialamt Arbon. Wir kommen bei Bedarf gern auf Sie zurück.

Zu guter Letzt bitte ich um Verständnis, wenn das Sozialamt oder auch der Stadtrat sich nicht innert Tagesfrist bei Ihnen meldet oder wir zu wiederholenden Anfragen in dieser Sache keine Stellung mehr beziehen. Dies nicht, weil wir eine Diskussion vermeiden wollen, doch unsere oberste Priorität und unser Fokus liegt klar auf der schnellen und fachgerechten Hilfestellung für die Personen, damit diese die dringend notwendige Unterstützung erhalten, einen Platz finden und nach diesen Strapazen zur Ruhe kommen können.

**Präsident Ulrich Nägeli, SVP:** Wir sind am Ende der Sitzung. Das Postulat «Klimafreundliche Eignerstrategie für Arbon Energie AG» von Daniel Bachofen, Cornelia Wetzel Togni, beide SP/Grüne, Cyrill Stadler, FDP/XMV, Aurelio Petti, Die Mitte, EVP und Rudolf Daepf, SVP wurde mit 15 Unterschriften und die Motion „Ergänzung der Gemeindeordnung und Bestimmung für fakultatives Referendum betreffend Gestaltungspläne“ von Felix Heller, Cornelia Wetzel Togni, beide SP/Grüne, Rudolf Daepf, SVP, André Mägert, Riquet Heller, beide FDP/XMV und Migga Hug, Die Mitte/EVP wurde mit 15 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Als letzten Punkt möchten wir Ihnen bekanntgeben, welcher Betrag von den Parlamentsmitgliedern mit ihrem Verzicht auf das heutige Sitzungsgeld zugunsten der Ukrainehilfe zusammengekommen ist. Es wurden auf Sitzungsgelder im Wert von CHF 2'500 verzichtet und Spenden im Wert von CHF 850 eingereicht. Das ergibt ein Total von CHF 3'350. Dieser Betrag geht in vollem Umfang an die Spendenorganisation Glückskette Schweiz. Ich danke allen, die sich dafür eingesetzt haben, das Engagement und auch die Spendenbereitschaft. Vielen Dank im Namen der Aktiven, die hier mitgeholfen haben.

Wir sind an Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 10. Mai 2022 statt. Ich hoffe, das Panoramarestaurant ist noch für uns geöffnet und somit bietet sich die Gelegenheit für ungezwungene Diskussionen. Ich wünsche allen Anwesenden noch einen schönen Abend. Besten Dank. Kommen Sie gut nach Hause.

Ende der Sitzung um 20.50 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Ulrich Nägeli

Nadja Holenstein